

# Frontenbewegung und Nationalsozialismus im Toggenburg und in Wil, 1933-1945

Autor(en): **App, Rolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Toggenburger Annalen : kulturelles Jahrbuch für das Toggenburg**

Band (Jahr): **2 (1975)**

PDF erstellt am: **23.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-883820>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Frontenbewegung und Nationalsozialismus im Toggenburg und in Wil, 1933 – 1945

von Rolf App

Das ist die Welt:  
Sie steigt und fällt  
und rollt beständig;  
sie klingt wie Glas —  
wie bald bricht das! —  
Ist hohl inwendig.  
(Goethe: Faust I)

Es ging mir in diesem Aufsatz nicht darum, Schuldige für irgend etwas, Totengräber der Demokratie zu finden, sondern die Hintergründe, die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Zwänge zu erhellen, aus denen heraus Bewegungen wie die Nationale Front entstanden. Ich möchte den Leser schon jetzt warnen vor einer vorschnellen Gleichsetzung von Frontisten und Nationalsozialisten. Natürlich waren führende Leute der Nationalen Front (NF) zu recht beschuldigt worden, für den Untergang der Schweiz als souveränem Staat gearbeitet zu haben, doch lässt sich dieses Urteil nicht einfach auf alle Anhänger dieser Bewegung übertragen. Deshalb habe ich bewusst darauf verzichtet, Namen von noch lebenden Frontisten zu nennen.

Worum es mir vor allem geht: am Beispiel der Toggenburger Verhältnisse einige der Gründe zu zeigen, die dazu führten, dass die NF, ganz im Gegensatz zu ähnlichen Bewegungen in vielen Ländern Europas, in der Schweiz keine Chance hatte. Der Faschismus ist kein Produkt einer italienischen oder deutschen Sonderentwicklung, sondern ein bestimmendes Element der Zwischenkriegszeit in fast allen europäischen Ländern<sup>1)</sup>. Der Faschismus ist das Produkt einer Krise, in der wirtschaftliche, soziale und politische Faktoren in von Land zu Land verschiedener Weise zusammenwirkten, mit dementsprechend unterschiedlichen Ergebnissen. Auch die Schweiz nahm teil an dieser Entwicklung, aber auf eine ganz eigenartige, nur aus ihrer Struktur, ihren Traditionen und ihrer Betroffenheit durch gesamteuropäische Krisen erklärable Weise. Diese Frage auch nur annähernd zu klären, ist nicht meine Absicht, doch liegt in ihr ein Schlüssel zur Beantwortung der noch viel wichtigeren Frage, wie sich Erscheinungen wie

der Faschismus in Zukunft verhindern lassen. Im Atomzeitalter ist die Welt tatsächlich hohl inwendig, zerbrechlich wie Glas.

## 1. Die Schweiz in der Krise

Schon im Generalstreik von 1918 hatte der die ganze Zwischenkriegszeit bestimmende Gegensatz von Sozialdemokratie und Bürgertum einen ersten Höhepunkt gefunden, war dann in Zeiten der Hochkonjunktur (1923—1929) abgeflaut und erst zu Beginn der dreissiger Jahre wieder akut geworden, als sich die ersten Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auch auf die Schweiz zu erstrecken begannen. In dieser spannungsreichen Situation trat auch die Konfrontation von Konservativer Volkspartei und Freisinn deutlicher hervor. Die Konservativen griffen unter dem Einfluss der päpstlichen Enzyklika «quadragesimo anno» (1931) alte ständestaatlich-autoritäre Vorstellungen wieder auf, vor allem in der zusammen mit den Fronten und den Jungfreisinnigen lancierten Initiative zur Totalrevision der Bundesverfassung. Als aber die Ablehnung solcher Vorstellungen durch die Stimmbürger unerwartet deutlich ausfiel, verloren die jungkatholischen Kräfte, die hinter solchen Plänen standen, zunehmend an Einfluss. Ende 1935 war ein gewisser Grundkonsens zwischen Freisinn, Konservativer Volkspartei und Sozialdemokratie hergestellt, vor allem unter dem Einfluss der massiven Bedrohung von Norden her. Doch darf man in diesen Konflikten nicht die wirtschaftlich-soziale Lage vergessen, auf der sich vordergründige politische Ereignisse abspielten.

Schon im Verlauf des ersten Weltkrieges war die staatliche Intervention so stark in den Vordergrund des wirtschaftlichen Geschehens gerückt, dass man in der Praxis von einer Umwandlung der liberalen in eine interventionistische Wirtschaftsordnung sprechen kann<sup>2)</sup>. Unternehmervereinigungen, Gewerkschaften und landwirtschaftliche Verbände versuchten, ihren Einfluss auf die Entscheidungen der Politik auszu-

<sup>1)</sup> Nolte, Ernst: Die faschistischen Bewegungen, München 1971.

<sup>2)</sup> Maier, Karl-Hanns: Die anti-liberalen Erneuerungsbewegungen in der Schweiz und das Entstehen des liberal-sozialen «Landesring der Unabhängigen», Diss. Tübingen 1955, Mikrofilm Sozialarchiv Zürich, S. 28.

dehnen, und so entstanden ziemlich tiefe Konflikte, als es galt, angesichts der heraufziehenden Krise die Richtung der bisherigen Wirtschaftspolitik zu ändern.

Zu den zuerst gefährdeten Wirtschaftszweigen gehörte die Textilindustrie, weil es das Hauptziel der von der Wirtschaftskrise betroffenen Länder war, ihre eigenen Industrien durch Zölle gegen fremde Konkurrenz zu schützen<sup>3</sup>). 1934 betrug der gesamte Export nur noch 54 % des Mittelwerts der vorausgegangenen Jahre, bei Textilien sogar nur 38 %. Die Binnenkonjunktur, gestützt durch eine intensive Bautätigkeit, bröckelte erst 1935 ab. Auch die Landwirtschaft wurde durch fallende Weltmarktpreise für Getreide hart getroffen, vor allem Klein- und Mittelbetriebe, die über zu geringe finanzielle Reserven verfügten oder sich nicht rechtzeitig umstellen konnten. Erst die Abwertung des Frankens leitete 1936 einen partiellen Aufschwung der Wirtschaft ein<sup>4</sup>), wieder mit Ausnahme der Textilindustrie, deren Strukturkrise noch weit in den Krieg hinein andauerte. Betroffene der Krise waren also, wenn wir die bisherigen Aussagen kurz zusammenfassen, vor allem Klein- und Mittelbauern und die Arbeiter und Angestellten der Textilindustrie.

Bevor wir uns aber den Verhältnissen im Toggenburg zuwenden, müssen wir fragen, welche politischen Auswirkungen dieser wirtschaftliche und soziale Umschichtungsprozess hatte. Immerhin ist zu bedenken, dass sich die Zahl der Arbeitslosen in der Schweiz von 9000 (1930) auf 124 000 (1936) steigerte. In einer ganz ähnlichen Situation kam in Deutschland der Nationalsozialismus an die Macht, gestützt vor allem auf den von der Krise hart betroffenen Mittelstand. Die Partei Hitlers, die NSDAP, wurde erst dann für die verarmenden Schichten zu einer wirklichen Alternative, als sie sich praktisch den Gesamtkatalog mittelständischer und agrarischer Schutzforderungen zu eigen gemacht hatte. Sie wurde also gewählt, als die kleinen Selbständigen in Stadt und Land ausser ihr keine politische Kraft mehr sahen, die ernst machen würde mit der Verwirklichung ihrer

eigenen Wünsche<sup>5</sup>). Die Sonderentwicklung der Schweiz liegt aber nicht etwa in der Abwendung von faschistischen Vorstellungen, sondern in der Bildung vieler Gruppierungen, die ähnliche Ziele wie die Nationalsozialisten in Deutschland vertraten, aber sich nie — aus Gründen, die ich gegen Schluss nennen werde — zu einer Einheit finden konnten. Die wichtigsten neuen Gruppierungen waren Jungbauern und Fronten, hinzu trat eine Partei, die schwer zu verstehen ist, weil sie sich nicht an bestimmte Berufsgruppen wandte, sondern an die Konsumenten aller Schichten: der Landesring der Unabhängigen.

## 2. Die neuen Bewegungen

Was diese Bewegungen bei allen Unterschieden und Gegensätzen verband, war ihre Abwendung von einer individualistischen Gesellschaftstheorie und ihre stärkere Betonung der Gemeinschaft, sei dies in einem an alteidgenössische Traditionen anknüpfenden genossenschaftlichen oder aber in einem zum totalitären Staat neigenden kollektivistischen Sinn<sup>6</sup>). Da gab es auf der einen Seite Bewegungen mehr oder weniger nationalsozialistischer Prägung wie die Nationale Front (NF), die Eidgenössische Soziale Arbeiter-Partei (ESAP), der Bund treuer Eidgenossen, die Nationalsozialistischen Eidgenossen. Dann gab es Bestrebungen, die innerhalb der bestehenden Parteien ihre Aktivitäten entfalteten, wie Jungfreisinnige und Jungkonservative. Weiter gab es Parteien, die nur ganz eng begrenzte wirtschaftliche Interessen vertraten, ohne sich auf eine einigende Weltanschauung zu stützen, wie der Landesring und, allerdings erst in späteren Jahren, die Jungbauern. Der Landesring, seit 1935 gesamtschweizerisch auftretend, vermochte den Hauptstamm seiner Wähler vor allem in städtischen Verhältnissen zu finden, bei protestantischen Angestellten (30 % der Mitglieder) und Arbeitern (30 %<sup>7</sup>), im Gegensatz zu den ebenfalls 1935 hauptsächlich von

<sup>3</sup>) Rutz, Wilfried: Die schweizerische Volkswirtschaft zwischen Währungs- und Beschäftigungspolitik in der Weltwirtschaftskrise, Diss. Zürich 1970, S. 96.

<sup>4</sup>) von Greyerz, Hans: Der Bundesstaat seit 1848, in: Handbuch zur Schweizer Geschichte, Bd. 2 (erscheint demnächst), S. 79.

<sup>5</sup>) Winkler, Heinrich August: Extremismus der Mitte? Sozialgeschichtliche Aspekte der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: Vierteljahreshefte zur Zeitgeschichte (VZG), 1972, S. 186—188.

<sup>6</sup>) Gilg, Peter und Gruner, Erich: Nationale Erneuerungsbewegungen in der Schweiz 1925—1940, in: VZG, 1966, S. 7.

<sup>7</sup>) Maier, S. 196.

der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) abgefallenen Jungbauern, deren Anhänger vornehmlich aus den Reihen der Kleinbauern stammten<sup>8)</sup>.

### 3. Die Fronten

Aus diesen bruchstückhaften Angaben lässt sich in etwa das noch verbleibende Reservoir der Unzufriedenen rekonstruieren, in dessen Bereich sich die Fronten vorübergehend breit machten. Allerdings muss beachtet werden, dass die Konservative Volkspartei sich weitgehend ungeschwächt durch die Krise rettete und die Sozialdemokraten eine starke Anziehungskraft auf die industrielle Arbeiterschaft ausübten. Der «typische» Frontist war daher eher protestantisch, gehörte dem Kleingewerbe an oder war Angestellter in einem von der Krise betroffenen Industriezweig. Die vorhandenen Zahlen über die soziale Schichtung der Fronten stützen diese Vermutung. So waren im Jahre 1938 von den Mitgliedern der ESAP 81 % reformiert, 11 % katholisch, 48 % Arbeiter, 23 % kaufmännische Angestellte und 10 % Freischaffende<sup>9)</sup>. Ähnliches gilt für die Nationale Front im Jahr 1942: 22 % Selbständige, 26 % Angestellte, 46 % Arbeiter<sup>10)</sup>.

Die Entstehung der Fronten hat daher nicht nur ausserpolitische (der Sieg Hitlers in Deutschland), sondern auch gewichtige innere Ursachen: ein heimatloses Potential von Unzufriedenen; eine geistige Situation, die stark auf autoritär-ständestaatliche, zumeist antidemokratische Lösungen der Probleme hintenderte; die breite Kluft zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum; eine sich auf ein Minimum beschränkende staatliche Sozialpolitik<sup>11)</sup>; ein auch im Schweizervolk latent vorhandener Antisemitismus.

---

<sup>8)</sup> Riesen, René: Die Schweizerische Bauernheimatbewegung (Jungbauern), Reihe Helvetia Politica, hg. v. E. Gruner u. a., Series B, Vol. VII, Bern 1972, S. 88.

<sup>9)</sup> Schweizervolk, Führendes Wochenblatt für schweizerische Politik, hg. v. Ernst Hofmann, Zürich 1938, Nr. 20 (29. Juli).

<sup>10)</sup> Glaus, Beat: Die Nationale Front, Zürich 1969, S. 380.

<sup>11)</sup> Wolf, Walter: Faschismus in der Schweiz, Zürich 1969, S. 18 f.

Die gewichtigste der Fronten, die Nationale Front (NF), war 1933 aus der Verbindung der Nationalen mit der Neuen Front entstanden. Ihre Hochburgen waren Zürich, Aargau und Schaffhausen, die Mitgliederzahl schwankte zwischen 5000 (Frühling 1934) und 2300 (1939) und erreichte ihren Höhepunkt im Jahre 1935 mit 9200 Mitgliedern<sup>12)</sup>. Die nach aussen sichtbare Aktivität nahm allerdings nach 1937 stark ab, es folgten zahlreiche Abspaltungen und Verurteilungen mehrerer Führer wegen Landesverrats. 1940 nahm der einzige Nationalrat der NF, Robert Tobler, die Gelegenheit wahr und löste die Organisation auf, betrieb aber zugleich die Bildung von regionalen Nachfolgeparteien. Im Kanton St.Gallen bildete sich daraufhin die Nationale Opposition unter ihrem Führer Mario Karrer, dem es 1942 gelang, einen Sitz im St.Galler Grossen Rat zu erringen.

Ideologie, Programm und organisatorischer Aufbau verbanden das sozialistische Prinzip mit dem militärischen. Dem Individualismus wurde die Volksgemeinschaft, dem sogenannten internationalen ein nationaler, eidgenössischer Sozialismus, der liberalen eine ständisch gegliederte Wirtschaft, der freisinnig-demokratischen Staatsform eine Führerdemokratie entgegengesetzt. Die NF hatte zu keiner Institution der Schweiz eine so positiv-unkritische Einstellung wie zur Armee, auch wenn sie ihr Ziel, nämlich eine nach den Prinzipien des Nationalsozialismus geordnete Schweiz, nie verleugnete. Das tat sie selbst dann nicht, als «der Nationalsozialismus längst nicht mehr nur eine Weltanschauung, sondern die gewalttätigste organisierte Macht in Europa» war<sup>13)</sup>. Doch zu diesem Zeitpunkt, 1938, war die NF von der gegnerischen Propaganda schon längst zu einem blossen Wegbereiter der deutschen Eroberung der Schweiz abgestempelt. Das bundesrätliche Verbot der Nachfolgeorganisationen der NF vom 6. Juli 1943 galt einer ohnehin bedeutungslosen Sekte.

### 4. Wirtschaft und Politik im Toggenburg

Die industrielle Struktur des Toggenburg war damals noch mehr als heute durch die Textilindustrie geprägt, und eine Krise dieser Industrie traf die vielen kleinen Unternehmer schon deshalb hart, weil sie zu

---

<sup>12)</sup> Glaus, S. 375.

<sup>13)</sup> Wolf, S. 334.



diesem Zeitpunkt, 1930, fast keine finanziellen Reserven mehr hatten. Für die Stickerei in Wil und Kirchberg begann ein unaufhaltsamer Schrumpfungsprozess, der, freilich in kleinerem Ausmass, auch bei den baumwollverarbeitenden Betrieben (in Wattwil und Flawil) einsetzte. Die Arbeitslosigkeit erreichte 1935 ihren Höhepunkt — mit 1931 Arbeitslosen in der Textilindustrie des Kantons<sup>14)</sup> —, ging aber nur sehr langsam zurück und noch 1938, als für andere Wirtschaftszweige der Aufschwung schon wieder eingesetzt hatte, waren nur 60 % der Maschinen in der Stickereiindustrie in Betrieb<sup>15)</sup>. Den Bauern ging es nicht viel besser, ungünstige Preisbewegungen machten immer wieder Produktionsumstellungen nötig. Das Toggenburg war deshalb in sehr starkem Mass auf die Unterstützung der Bauernhilfskasse angewiesen.

Das heisst zusammenfassend: Industrie und Landwirtschaft waren im Toggenburg ziemlich schlecht auf die Krise vorbereitet und hatten stark und lange unter ihr zu leiden. Man wird hier mehr als bei andern Regionen davon ausgehen dürfen, dass die Unzufriedenheit gross und weit verbreitet war.

Der erste Einbruch der Jungbauern in die Toggenburger Politik fand 1935 statt, als sie sich mit einer eigenen Liste an den Nationalratswahlen beteiligten. Sie eroberten zwar keinen Sitz im St.Gallischen, erhielten aber immerhin über 27 000 Stimmen, mehr als die Hälfte davon im Toggenburg. Im Kanton St.Gallen war 1919 die Bauernpolitische Vereinigung gegründet worden, um das Entstehen einer eigentlichen Bauernpartei zu verhindern<sup>16)</sup>. Sie war eine Zusammenfassung von landwirtschaftlichen Organisationen auf kantonaler und Bezirksebene, ohne sich jedoch an Wahlen und Abstimmungen zu beteiligen. Der zweite Faktor, der die Entfaltung der Jungbauernbewegung behinderte, war die katholische Kirche. Bischof Aloisius Scheiwiler nahm nicht nur mit scharfen Worten gegen die von den Jungbauern unterstützte sozialdemokratische Kriseninitiative Stellung, er regte auch die Gründung eines katholischen Bauernbundes an. Unvermindert stark blieb der Einfluss der Jungbauern nur in den protestantischen Bezirken, wo etwa die Hälfte der Bauern ihnen ihre Stimme gab. Dies ist — für Schweizer Verhältnisse —

ein ungewöhnliches Ergebnis. Denn man muss bedenken, wie parteitreu sich die Wähler normalerweise verhalten, weil ihnen immer noch die Möglichkeit bleibt, bei Sachabstimmungen gegen die eigene Partei zu votieren. Auch auf lokaler Ebene mehrten sich Zeichen bäuerlichen Protestes, etwa 1937, als im katholischen Bütschwil die Kandidatur des Jungbauern Aregger gegen den konservativen Kaufmann Berger einen zweiten Wahlgang nötig machte<sup>17)</sup>. Im gleichen Jahr schlug ein bäuerliches Aktionskomitee — mit Unterstützung der Konservativen Volkspartei — in der Regierungsratsersatzwahl den freisinnigen Nationalrat Gabathuler gegen den Parteipräsidenten Graf vor und erreichte einen hohen Sieg für Gabathuler<sup>18)</sup>.

Die einzige Partei, die in dieser Zeit praktisch keine Wähler verlor, war die Konservative. «Der Einfluss der Weltanschauung erweist sich also hier als stärker denn derjenige der sozialen Schichtung. Ihre Erfolge verdankt sie jedoch ebensowohl der Tatsache, dass die katholischen Wähler auch wirtschaftlich an die Partei gebunden werden . . . »<sup>19)</sup>. Wir haben also für Katholiken und Bauern die Frage halbwegs beantwortet, wohin die Unzufriedenen sich wandten. Für den Rest gibt es offenbar zwei Alternativen: Landesring und Sozialdemokratie. So lösten sich in diesen Jahren viele vom Freisinn, der im Obertoggenburg 13,7 % seiner Stimmen verlor, und wandten sich in höher industrialisierten Gebieten eher zur Sozialdemokratie (Untertoggenburg), in noch deutlicher von der Landwirtschaft geprägten Bezirken verteilten sie sich gleichmässig auf Landesring und Sozialdemokraten<sup>20)</sup>. Der Leser soll aber nicht glauben, ich hätte die Nationale Front vergessen: die Schwierigkeit, ihre Stärke einzuschätzen, liegt vielmehr in der Tatsache begründet, dass sie sich im Toggenburg nie zur Wahl gestellt hat.

<sup>14)</sup> Toggenburger Bote, 1935, Nr. 24 (25. Februar).

<sup>15)</sup> Toggenburger Bote, 1938, Nr. 57 (16. Mai).

<sup>16)</sup> Riesen, S. 56—61.

<sup>17)</sup> Toggenburger Bote, 1937, Nr. 72 (21. Juni) und Nr. 81 (12. Juli).

<sup>18)</sup> Die Front, Zentrales Kampfblatt der Nationalen Front, 1937, Nr. 280 (29. November).

<sup>19)</sup> Gruner, Erich: Soziale Schichtung und parteipolitische Entwicklung, in: VZG, 1966, S. 324.

<sup>20)</sup> Gmür, Hans: Die Grossratswahlen im Kanton St.Gallen 1912—1954, Statistik des Kantons St.Gallen, Heft Nr. XL, Au 1954.

## 5. Die Nationale Front im Toggenburg

Am 17. Juni 1933 fand in St.Gallen die erste Grosse Tagung der Nationalen Front statt, eine turbulente Diskussion, bei der Ludwig Rittmeyer, der Führer der Jungliberalen, mit Gewalt am Reden gehindert wurde, ein Ereignis, das die Haltung des Freisinns schon ziemlich deutlich festlegte. Der «Toggenburger Bote» etwa bezeichnete die NF als «Ableger des deutschen Nationalsozialismus», der «bestrebt ist, in gleich gewaltsamer Weise seine Ansichten den übrigen Mit-eidgenossen aufzudrängen»<sup>21)</sup>, und der freisinnig-demokratische Presseverband empfahl den freisinnigen Blättern, «Einsendungen und Inserate über Versammlungen von Fronten, an denen die Diskussion ausgeschlossen ist, nicht aufzunehmen»<sup>22)</sup>. Was in dieser frühen Entwicklungsphase, die man den Frontenfrühling genannt hat, bei der NF auffällt, ist die grosse Energie, mit der sie sich ausbreitet, zugleich die Unklarheit ihrer Ziele und, daraus folgend, die Verwirrung der Oeffentlichkeit. Eindeutig ablehnend verhielten sich vorderhand nur Sozialdemokraten und Freisinnige. Noch sehr eng waren die Verbindungen zu den Jungkonservativen, mit denen sich die NF einig fühlte in dem Ziel, eine neue Verfassung zu schaffen, untermauert «von christlichen Grundsätzen»<sup>23)</sup> — so der Redaktor der «Front» Dr. Meyer —, die den Zweck hätten, «die Autorität des Staates (der Regierung) gegenüber dem Individuum zum Ausdruck zu bringen und zu sichern», eine Vorstellung, «die der Konstitution des 19. Jahrhunderts und damit der liberalen Aera gerade entgegengesetzt»<sup>24)</sup> war — so der den Jungkonservativen nahestehende Redaktor der «Ostschweiz» Carl Doka.

Dies war die Zeit, in der die NF auch im Toggenburg Fuss fasste, zuerst in Wil, dann in Wattwil, im Altoggenburg, in Niederhelfenschwil und zuletzt im Neckertal<sup>25)</sup>. Alle diese Ortsgruppen (OG) waren dem Gauführer P. in Wil unterstellt, der seinerseits den OG-Führern grosse Bewegungsfreiheit liess, weil von

ihrer treibenden Kraft letztlich der Erfolg der NF abhing. Wenn etwa in Bütschwil allein 441 Unterschriften für die Totalrevision der Bundesverfassung gesammelt wurden<sup>26)</sup>, so war dies vor allem ein Erfolg für den angesehenen OG-Führer Th. W., der neben dem Wattwiler Ingenieur Hügli wahrscheinlich eine dieser treibenden Kräfte war. Wenn es der NF nie gelang, im Obertoggenburg eine eigene Ortsgruppe aufzubauen, obwohl dort mehrere, fast nur von Wattwilern besuchte Versammlungen stattfanden<sup>27)</sup>, so ist dies auch auf den Mangel an geeigneten Führungskräften zurückzuführen.

Die erste von der NF zusammen mit den Konservativen, dem Bund für Volk und Heimat, den Jungliberalen und der demokratischen und Arbeiterpartei unterstützte Vorlage galt der Totalrevision, für die die NF allein im Kanton St.Gallen 3612 Unterschriften gesammelt hatte<sup>28)</sup>. Die Einigkeit war lediglich vordergründig, denn die Vorstellungen von Jungliberalen, Konservativen — die zudem untereinander uneinig waren — und den Fronten über den Inhalt der neuen Verfassung standen einander oft diametral gegenüber. Ausserdem wurde der Abstimmungskampf durch die Koalition der Gegner aus Sozialdemokraten, Freisinnigen und Bauern zu einem Kampf gegen die Uebermacht des Katholizismus gemacht<sup>29)</sup>.

Das deutlich ablehnende Abstimmungsresultat — 193 000 Ja und 510 000 Nein in der ganzen Schweiz, 21 000 Ja und 37 000 Nein im Kanton St.Gallen — setzte Entwicklungen in Gang, die zu einer zunehmenden Isolierung und Radikalisierung der NF nicht unwesentlich beitrugen. Lediglich in den Bezirken Altoggenburg und Wil fand sich eine positive Mehrheit, und die Ergebnisse sogenannt frontistischer Hochburgen wie Wattwil (353 Ja, 949 Nein) und Wil, wo ca. 800 konservative Stimmbürger und weitere Zuzüger aus dem Lager der NF für die Annahme nur 657 Stimmen aufbrachten<sup>30)</sup>, lassen die Schlussfolgerung zu, die Ja-Stimmen seien nur in wenigen

<sup>21)</sup> Toggenburger Bote, 1933, Nr. 73 (21. Juni).

<sup>22)</sup> Der Volksfreund, 1933, Nr. 186 (27. November).

<sup>23)</sup> Neue Toggenburger Zeitung, 1. Mai 1934.

<sup>24)</sup> Doka, Carl: Verfassungsreform, Einsiedeln 1934, S. 11.

<sup>25)</sup> Wattwil: Front, 1933, Nr. 17 (24. Oktober).

Altoggenburg: Front, 1934, Nr. 114, (16. Juli).

Niederhelfenschwil: Front, 1934, Nr. 118 (20. Juli).

Neckertal: Front, 1935, Nr. 85 (10. April).

<sup>26)</sup> Allenspach, Theodor: Bütschwil Dorfschönheit 1934, S. 8 (unveröffentlicht), Monatsgesellschaft Bütschwil.

<sup>27)</sup> Mitteilung von J. Wagner, alt Gerichtspräsident, Nesslau.

<sup>28)</sup> Wolf, S. 238.

<sup>29)</sup> Mitteilung von Dr. Cavelti, 1931—1940 Sekretär der Konservativen Volkspartei der Schweiz, Rorschach.

<sup>30)</sup> Wiler Zeitung, 1935, Nr. 105 (10. September).

Fällen auf die Propaganda der NF zurückzuführen, und die Spaltung innerhalb der Konservativen Wählerschaft sei vor allem durch das Bündnis der Konservativen Volkspartei mit den als Nationalsozialisten verrufenen Frontisten zu erklären. So kam es, dass die Konservative Volkspartei, einst für die NF ein willkommener Partner mit ähnlichen Zielen, sich immer deutlicher von der Frontenbewegung distanzierte, zugleich von allzu unliberalen Forderungen abliess und sich so dem Freisinn, der mit dem «St.Galler Entwurf» von Nationalrat Schirmer einen vorsichtigen Staatsinterventionismus befürwortete, immer mehr annäherte<sup>31)</sup>.

Im Gegensatz zur Situation der Jungbauern machten der NF noch andere Entwicklungen zu schaffen, die ich hier nur ganz kurz, stichwortartig, nennen kann: das erstmalige Auftreten des Landesrings im Kanton St.Gallen, die immer unbezweifelbarer werdenden Verfolgungen in Deutschland, vor allem seit dem 6. Juni 1934, als Hitler prominente Oppositionelle umbringen liess; die schärfer werdende Propaganda der politischen Gegner und die Niederlage in der Freimaurerinitiative.

Diese Initiative zum Verbot der Geheimgesellschaften, wie die Freimaurer-Initiative eigentlich hiess, war 1937 von der NF allein lanciert worden, hatte im Parlament eine deutliche Niederlage erlitten — nur Tobler (NF) und Duttweiler (Landesring) waren dafür — und traf bei den meisten Parteien auf Ablehnung, bis auf die Konservative und die Evangelische Volkspartei, die aus Rücksicht auf ihre Wähler Stimmfreigabe beschlossen. Auch die Gegenpropaganda des Freisinns scheint nicht mit voller Kraft geführt worden zu sein. Man verliess sich auf den ohnehin sinkenden Stern der Fronten, wich grundsätzlichen Diskussionen aus und verwies lediglich auf zu erwartende finanzielle Einbussen, weil «nicht wenige unserer Feriengäste aus Nordamerika, England, auf die unsere Fremdenindustrie, ja unser ganzes Land angewiesen sind»<sup>32)</sup>, Freimaurer seien. Der Verlust an frontistischer Schlagkraft zeigte sich hier ausgeprägt: der einzige Bezirk mit einer zustimmenden Mehrheit war wieder das konservative Alt Toggenburg, und auch diese knappe Mehrheit war nur dem klaren Entscheid von Mosnang und Kirchberg zu verdanken. Nicht einmal das zu 80 % katholische Wil konnte sich zur Annahme entschliessen, die in den Augen

<sup>31)</sup> Gilg/Gruner, S. 18.

<sup>32)</sup> Toggenburger Bote, 1937, Nr. 137 (19. November).

vieler Katholiken eine Art Rache für das noch immer bestehende Jesuitenverbot sein sollte.

Das Fazit: das Resultat im Alt Toggenburg war wohl eher katholischem Revanchedenken als frontistischem Reformwillen zuzuschreiben, und auch wenn frontistische Zeitungen das Ergebnis als einen Sieg feierten und versprachen, der Kampf werde «weitergeführt von Männern, die nun wissen, dass beinahe ein Drittel des Schweizervolkes hinter ihnen steht»<sup>33)</sup>, so wurde doch klar, dass die NF sich in einer schlimmen Lage befand.

Schon 1935 hatte dieser Verlust an Energie begonnen, als, kurz nach der missglückten Totalrevisions-Initiative, die ursprüngliche Absicht, einen eigenen Nationalratskandidaten aufzustellen, aufgegeben wurde<sup>34)</sup>. Auch der Plan, für den Kanton St.Gallen eine eigene Zeitung herauszugeben, um der Bewegung, «die in den letzten Monaten stark zurückgegangen ist, wieder neuen Antrieb zu geben»<sup>35)</sup>, wurde anscheinend nie verwirklicht. So war es wohl nicht nur Ausdruck liberalen Wunschedenkens, wenn der «Toggenburger Bote» schon Anfang 1935 konstatierte: «Gleichzeitig hat auch die Frontenbewegung mit ihrer undemokratischen Wesensart in unserem Kanton nach einem kurzen Aufflackern einen Niedergang erlitten, der einem Zusammenbruch gleichkommt, auch wenn noch an einzelnen Orten Frontengruppen existieren.»<sup>36)</sup>

Die Führer der NF allerdings gaben sich noch nicht geschlagen. Sie sahen eine Chance, in jene von den historischen Parteien zu Jungbauern und Landesring hin sich bewegende Wählerschaft einen Keil zu treiben, etwa durch Grossveranstaltungen, wie sie im Juni 1936 in Bütschwil, Ganterschwil, Ebnet und Nesslau durchgeführt wurden oder durch den 1938 auf Vögelinsegg abgehaltenen «Gautag der Nationalen Front der Schweiz». In zunehmendem Mass machten ihr nun auch aussenpolitische Ereignisse zu schaffen, vor allem der Anschluss Oesterreichs und die Eroberung der Tschechoslowakei, die auch im Toggenburg eine starke Angstpsychose hervorriefen.

Unter dem Druck dieser zunehmenden äusseren Isolierung der Schweiz, die zusammentraf mit den ersten Auswirkungen einer scharfen Polemik gegen die Fronten, vollzog sich eine Veränderung der Mitglie-

<sup>33)</sup> Front, 1937, Nr. 280 (29. November).

<sup>34)</sup> Wiler Zeitung, 1935, Nr. 115 (3. Oktober).

<sup>35)</sup> Toggenburger Bote, 1935, Nr. 24 (25. Februar).

<sup>36)</sup> Toggenburger Bote, 1935, Nr. 2 (4. Januar).

derstruktur der NF. Diese Behauptung kann, solange die Mitgliederkartei der NF nicht einsehbar ist, nur durch wenige stichhaltige Beweise gestützt werden. Allerdings kann angenommen werden, dass nach der Freimaurer-Initiative für die meisten Mitglieder klar wurde, dass ein innenpolitischer Erfolg für diese Bewegung in weite Ferne gerückt war. So verlegte sich die NF auf eine Obstruktionspolitik, indem sie bei allen Abstimmungen und Wahlen empfahl, den Stimmzettel leer einzulegen, allerdings ohne grossen Erfolg, denn die Zahl leerer Stimmzettel überstieg bei Grossratswahlen nie die Zahl 3247 (1936)<sup>37)</sup>. Oeffentliche Veranstaltungen der NF wurden auch im Toggenburg immer seltener, man traf sich wöchentlich im kleinen Kreis, übte dort eine scharfe Kritik an den bestehenden Zuständen, ohne mit eigenen Vorschlägen an die Oeffentlichkeit zu treten. Die Führer wurden zu geachteten Einzelgängern, mit einer Neigung zu spektakulären Aktionen, wie der OG-Führer in Bütschwil, der — in der Absicht, den Ersten August zu einer Demonstration für die Nationale Front zu machen — die ihm unterstellten Schulkinder anwies, beim Lampionzug zum Scherrersberg nicht wie üblich ein Schweizerkreuz, sondern das langschenklige Frontistenkreuz darzustellen. Ein Vorhaben, das nur mit knapper Not verhindert werden konnte<sup>38)</sup>.

Hinzu kam, dass der Antisemitismus immer schärfer in den Vordergrund trat, wohl im Bemühen, für den eigenen Misserfolg einen Schuldigen zu finden, dessen Diffamierung auch bei Nichtfrontisten auf einige Sympathien rechnen konnte. Die Schilderung des Zuges der NF durch die Stadt St.Gallen legt ein bedredtes Zeugnis ab: «Nur hie und da hörte man — natürlich von weitem! — ein paar marxistische Ratten aus ihren Schlupflöchern heraus Pfiffe ausstossen und dasselbe gilt auch für ein Schulinstitut, das ausschliesslich von Judenbengeln und andern hergelaufenen Exoten bevölkert ist»<sup>39)</sup>.

Zu diesem Zeitpunkt, als innenpolitische Erfolge kaum mehr zu erwarten waren, trat eine neue Art von Parteimitgliedern in Erscheinung, die sogenannten «Rückversicherer», denen es nicht mehr um die Verwirklichung nationaler Ziele ging, die vielmehr sich absichern wollten für den Fall, dass die Schweiz — wie Oesterreich — einmal eine Provinz des Dritten Reiches sein würde. Zu ihnen gehörte ein sehr

angesehener Textilfabrikant im Bezirk Neutoggenburg<sup>40)</sup> und eine stattliche Zahl seiner Mitarbeiter. Zu ihnen gehörten vermögende Leute, die viel zur Finanzierung der NF beitrugen, etwa durch anonyme Spenden, wie sie in Wil vorkamen<sup>41)</sup>. Doch kann aus diesen spärlichen Angaben nicht geschlossen werden, die Exportindustrie als Ganzes oder Teile von ihr hätten sich in dieser Weise verhalten, zumal es auch Beispiele von Industriellen gibt, die von Anfang an öffentlich gegen den Nationalsozialismus Stellung nahmen<sup>42)</sup>. Dies ist ein Problem, das erst erforscht werden kann, wenn die Archive uneingeschränkt benutzbar sind.

In diesem Isolierungs- und Radikalisierungsprozess der Nationalen Front spielt auch die Art eine Rolle, in der die Umwelt — womit wir hier sowohl politische Parteien, als auch Behörden, Polizei und die gewöhnlichen Bürger meinen — auf den Kurs der Nationalen Front sowie auf einzelne Frontisten Einfluss zu nehmen suchte. Diese Einflüsse, die wir gesamthaft den sozialen Druck nennen, fanden auf verschiedenen Ebenen statt, in Form von Gerüchten, Drohungen, offenen Auseinandersetzungen, parlamentarischen Vorstössen und polizeilichen Untersuchungen.

Die erste, vielleicht gefährlichste Form, weil sie die weiteste Verbreitung gewinnen kann, ist das Gerücht, eine uralte, für den Historiker dennoch im nachhinein enorm schwer rekonstruierbare Kraft im öffentlichen Leben. Mir sind im Verlauf meiner Befragungen unglaubliche Gerüchte zu Ohren gekommen, von denen ich gern glauben will, dass sie zu 70—80 % erfunden waren<sup>43)</sup>, Gerüchte, die dennoch höchst aufschlussreich sind für die Atmosphäre, in der solche Geschichten als möglich angesehen wurden, eine Atmosphäre äusserster Entfremdung und äussersten Misstrauens gegenüber zuvor angesehenen Mitbürgern. Einige der führenden Frontisten scheinen so im Bewusstsein ihrer Umgebung zu Statthaltern des Feindes geworden zu sein, die, weil der echte Feind nicht greifbar war, herhalten mussten für den ungekühlten Zorn des Volkes. Man findet ähnliche Vor-

<sup>40)</sup> Mitteilung von Dr. Lanz und von Herrn Robert Grob, von 1931—47 Gemeindammann in Wattwil.

<sup>41)</sup> Mitteilung von Dr. Fäh, von 1941—48 Bezirksammann in Wil.

<sup>42)</sup> Mitteilung von Prof. Im Hof, Bern.

<sup>43)</sup> Mitteilung von Otto Meng, von 1918—58 Gemeinderat in Wil.

<sup>37)</sup> Gmür, S. 4.

<sup>38)</sup> Mitteilung von Dr. K. in Lichtensteig.

<sup>39)</sup> Front, 1938, Nr. 153 (4. Juli).

gänge auch in der Zeit des Kalten Krieges, als gegen Marxisten und Kommunisten, manchmal auch Sozialisten, jener Volkszorn sich entlud, der eigentlich der Sowjetunion galt. Wichtig ist es — auch für heute —, die Erkenntnis festzuhalten, dass aus aussenpolitischen Situationen, in denen eine Nation den Feind gefährlich nahe und angriffsbereit glaubt, auch innenpolitisch extreme Polarisierungen entstehen können, die eventuell zu einer Entliberalisierung führen.

So war es auch im Toggenburg. 1938 «entstand das Gerücht, dass der Inhaber der Teigwarenfabrik Eckert in Brunnandern an Reichskanzler Hitler anlässlich des Anschlusses Oesterreichs . . . Glückwunschtelegramme gesandt habe . . . Das Gerücht nahm einen derartigen Umfang an, dass sich die Behörden zu einer Untersuchung veranlasst sahen. Wie nicht anders zu erwarten war, war an der ganzen Geschichte kein wahres Wort . . . Die Produkte der Teigwarenfabrik wurden boykottiert (das neuhelvetische Mittel der geistigen Landesverteidigung), zumal, da sich auch die Konkurrenz des verlogenen Gerüchtes für ihre Zwecke zu bedienen wusste»<sup>44</sup>). Ähnlich erging es einem Bütschwiler Frontisten, dessen Name einmal, mit Hakenkreuzen geschmückt, am Sonntagmorgen auf den Kirchplatz gemalt war<sup>45</sup>), der weiter dauernd Schwierigkeiten mit seiner vorgesetzten Behörde hatte, die ihn faktisch vor die Wahl stellte, entweder aus der Nationalen Front auszutreten oder den Schuldienst zu quittieren, dies zu einem Zeitpunkt, als die NF noch durchaus legal war. Und in einem Brief vom 1. August 1945 steht zu lesen: «Der Primarschulrat teilt Ihnen mit, dass das tit. Polizeidepartement St.Gallen durch Organe der politischen Abteilung Ihre Angelegenheit betreffend Vorbehalte einer Anzahl Schulgenossen gegen Ihre politische Gesinnung, soweit als möglich, abklären liess. Das Polizeidepartement schreibt uns: ‚Schwerwiegende konkrete Tatsachen konnten nicht namhaft gemacht werden.‘»

Die Belästigung der Frontisten am Ende des Krieges war, soweit ich dies übersehen kann, sehr unterschiedlich. In Wattwil wurden 1945 nur gegen Deutsche Demonstrationen veranstaltet, auch in Wil kam es kaum zu Ausschreitungen, hingegen wurden in Bütschwil jene nicht gerade rücksichtsvoll behandelt, die «in einer unschweizerischen, dem Nationalsozialismus Vorspanndienste leistenden Bewegung, wie

z. B. in der Nationalen Front, mitgemacht und sich nicht rechtzeitig, d. h. als man die Gefährlichkeit der ‚braunen Liesel‘ unschwer erkennen konnte, unzweideutig distanziert»<sup>46</sup>) hatten.

Natürlich setzten auch schon früh Versuche ein, ein Verbot der Nationalen Front zu erreichen. Der früheste Vorstoss datiert aus dem Jahre 1935 als Antrag, den Dr. Wechsler im Grossen Rat des Kantons St.Gallen vorbrachte, in dem er vorschlug, Angehörige von ausserhalb der Verfassung sich stellenden Parteiorganisationen, wie Kommunisten und Faschisten, aus gesetzgebenden Behörden auszuschliessen und aus dem Staats- und Gemeindedienst zu entlassen<sup>47</sup>). Dieser Antrag war rechtlich wie politisch ebenso fragwürdig wie eine 1938 eingebrachte Motion, die den Regierungsrat beauftragte, «beim Bunde den Erlass eines Gesetzes zu beantragen, das . . . alle jene Parteien und parteiähnlichen Gebilde verbietet, die Instruktionen oder Geldmittel von ausländischen Stellen entgegennehmen oder die in ihren Programmen und Veröffentlichungen zur Beseitigung der demokratischen Einrichtungen unseres Staatswesens auffordern»<sup>48</sup>). Fragwürdig war dieses Verfahren deshalb, weil es Aufgaben, die einem Gericht zustanden, politischen Instanzen, nämlich Bundesrat und Bundesversammlung, überliess. Aus allen diesen Anträgen wurde nichts, das heisst, die Nationale Front kam ihnen mit der Selbstaflösung zuvor.

Neben dieser öffentlichen Diskussion um ein Verbot der NF versuchten die verschiedenen Organe der Polizei, ihr Informationssystem auszuweiten. So legte etwa die politische Abteilung der Kantonspolizei allein im Jahr 1939 1263 Personen- und 270 Sachdossiers an, führte 558 Einvernahmen und 40 Hausdurchsuchungen durch und übermittelte der Fremdenpolizei 871, der Bundesanwaltschaft 498 und den militärischen Stellen 340 Berichte<sup>49</sup>). Gleichzeitig war auch die Bundespolizei nicht untätig, sondern sie suchte die Arbeit der verschiedenen Instanzen aufeinander abzustimmen. Ihre Aktivität war vor allem gegen die Nachfolgeorganisationen der NSDAP gerichtet, erfasste aber zweifellos auch jene Fronten, bei denen man Verbindungen zu deutschen Stellen

<sup>46</sup>) Hollenstein, Johann: Bütschwiler Dorfchronik 1945, Mai (unveröffentlicht), Monatsgesellschaft Bütschwil.

<sup>47</sup>) Front, 1935, Nr. 108 (10. Mai).

<sup>48</sup>) Toggenburger Bote, 1938, Nr. 130 (2. November).

<sup>49</sup>) Wiler Zeitung, 1940, Nr. 58 (21. Mai).

<sup>44</sup>) Front, 1938, Nr. 297 (20. Dezember).

<sup>45</sup>) Mitteilung von R. H.



vermutete. Schon seit 1938 wurden Register erstellt, in denen die Namen verdächtiger Ausländer und Schweizer verzeichnet waren, die im Fall einer Verwicklung der Schweiz in den Krieg sofort verhaftet werden sollten<sup>50</sup>). Diese Vorbereitungen waren auch den Bezirksammännern und Polizeichefs bekannt, weil nur sie zu Hausdurchsuchungen und Verhaftungen berechtigt waren<sup>51</sup>).

Als der Krieg seinen Fortgang nahm, wurden auch Hausdurchsuchungen bei Anhängern der NF häufiger, vor allem bei ihrer Nachfolgeorganisation im Kanton St.Gallen, der Nationalen Opposition. So ergab eine am 17. November 1942 durchgeführte Polizeiaktion, dass «die fraglichen Leute die politische Gesinnung und Tätigkeit von Einwohnern der Schweiz bespitzelt und einem deutschen Agenten darüber Bericht erstattet hatten. Angesichts dieser Resultate der polizeilichen Ermittlungen und nachdem das Polizeidepartement des Kantons St.Gallen bereits von sich aus ein allgemeines Versammlungsverbot gegenüber der neuen Organisation erlassen hatte, beschloss der Bundesrat am 29. Dezember 1942 die Auflösung der Nationalen Opposition»<sup>52</sup>).

Das Toggenburg allerdings scheint von solchen Polizeiaktionen und Hausdurchsuchungen weitgehend verschont gewesen zu sein. Auch die einzige mir bekannt gewordene Verhaftung betraf nicht Toggenburger, sondern vier zugereiste St. Galler, die in Nesslau den «Schweizerdegen», die Zeitung der schwer belasteten Bewegung «Bund treuer Eidgenossen» verteilt hatten<sup>53</sup>) und für diese nicht sonderlich gefährliche Tat mit je neunzehn Tagen Gefängnis bestraft wurden<sup>54</sup>).

Die NF war also, je näher der Krieg rückte, einem immer grösser werdenden Druck von allen Seiten ausgesetzt. Die Polemik der politischen Gegner wie die Aktionen der Polizei machten ihr gleichermassen zu schaffen, und weil ein Eintritt in die NF oft mit beruflichen oder privaten Nachteilen bezahlt werden musste, scheuten sich viele beizutreten, obwohl sie

dieselben Ziele verfolgten. Eine Einschätzung der Stärke der NF stösst schon aus diesem Grund auf enorme Schwierigkeiten. Glaus gibt, gestützt auf Wahlstatistiken, die Zahl der Mitglieder der NF im Kanton St.Gallen mit 175 (Frühling 1934), 800 (Höchststand zwischen 1935 und 1937) und 200 (Frühling 1939) an<sup>55</sup>). Ein Drittel dieser Mitglieder hat im Toggenburg gelebt, wenn wir annehmen, dass die Stimmenverteilung der Abstimmungen über Totalrevision und Freimaurerverbot ungefähr der Mitgliederverteilung der NF entspricht.

Die Zentren der Bewegung waren, wenn wir eine weitere Quelle heranziehen, nämlich die Liste der Abonnenten frontistischer Zeitungen<sup>56</sup>), eindeutig Wil (15 Abonnenten) und Wattwil (11), dann folgen Lichtensteig (5), Brunnadern (3), Nesslau (2), aber bezeichnenderweise nicht Ortschaften im Bezirk Altoggenburg, wo die Uebereinstimmung mit frontistischen Zielen offenbar nicht zur Abwendung von der Konservativen Volkspartei geführt hat. Diese Einschätzung der Schwerpunkte der NF wird auch durch die Besucherzahlen und Standorte der Versammlungen gestützt.

Weit schwieriger ist es, eine zweite Kategorie von Frontisten zu erfassen, nämlich die Sympathisanten und Anhänger ohne Parteimitgliedschaft. Zu ihnen muss man auch Mitglieder anderer Parteien zählen, die einzelne Ziele der NF unterstützten. Dass ihre Zahl recht gross gewesen sein muss, zeigt zum Beispiel das Ergebnis der Grossratswahlen 1942, wo die Nationale Opposition im einzigen Wahlkreis, in dem sie einen Kandidaten aufgestellt hatte, gleich 3,3 % der Stimmen erhielt<sup>57</sup>). Zwischen 1935 und 1937 jedenfalls scheint im Toggenburg und in Wil ein grosses Feld von Anhängern frontistischer Ziele vorhanden gewesen zu sein, denn für die Totalrevision (1935) stimmten immerhin 32 % der Stimmberechtigten, für das Freimaurerverbot (1937) noch 25 %<sup>58</sup>). Wir kommen also zu dem Schluss, dass für die Ziele der NF, trotz aller Hindernisse, die ihr in den Weg gelegt wurden, in weiten Teilen der Bevölkerung Zustimmung vorhanden war. Trotzdem scheiterte die NF. Die Gründe dieses Scheiterns werden uns später noch beschäftigen.

<sup>50</sup>) Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die antidemokratische Tätigkeit von Schweizern und Ausländern im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen 1939—1945, Teil 1, Bern 1945, S. 40.

<sup>51</sup>) Mitteilung von Dr. Fäh.

<sup>52</sup>) Bericht des Bundesrates, Teil 1, S. 73.

<sup>53</sup>) Toggenburger Bote, 1938, Nr. 128 (28. August).

<sup>54</sup>) Front, 1939, Nr. 282 (21. Dezember).

<sup>55</sup>) Glaus, S. 375.

<sup>56</sup>) Staatsarchiv Schaffhausen.

<sup>57</sup>) Glaus, S. 376.

<sup>58</sup>) Zahlen errechnet aus: Gmür S. 4, Gmür S. 24—27, Toggenburger Bote 1935, Nr. 107 und 1937, Nr. 141.

## 6. Der Nationalsozialismus im Toggenburg

Die NSDAP, die Partei Hitlers, hatte schon früh begonnen, in vielen Ländern unter den Auslandsdeutschen für ihre Ziele zu werben<sup>59</sup>). Diese Tätigkeit weitete sich nach dem Amtsantritt Hitlers als Reichskanzler aus und führte zu einer regelrechten Gleichschaltung der Organisationen der Auslandsdeutschen. Bald wurde auch die Polizei auf die Tätigkeiten der NSDAP in der Schweiz aufmerksam, und als ihr Leiter, Wilhelm Gustloff, am 4. Februar 1936 in Davos ermordet wurde, nahm der Bundesrat dies zum Anlass, Landesleitung und Kreisleitungen der NSDAP zu verbieten. Dies galt allerdings nicht für Nebenorganisationen der Partei, die künftig von einem Beamten der deutschen Botschaft in Bern geleitet und koordiniert wurden<sup>60</sup>).

Die Ostschweiz war, wie man sich angesichts der Grenzlage denken kann, ein fast ideales Tummelfeld für die Organisatoren der NSDAP. Schon Mitte 1934 gab es eine Ortsgruppe St.Gallen und einen Stützpunkt Wil, dem das ganze Toggenburg unterstellt war. Doch der Leiter dieses Stützpunktes hatte es offenbar nicht leicht, denn die Deutschen waren im Toggenburg nicht eben zahlreich (von den 1930 im Kanton lebenden 14 537 Deutschen lebten im Bezirk Untertoggenburg 716, im Bezirk Neutoggenburg 342) und meist nicht gerade begeistert, wenn das deutsche Konsulat in St.Gallen sie zu geheimsdienstlicher Tätigkeit gewinnen wollte. So schrumpfte die Mitgliederzahl des Stützpunktes Wil bis Mai 1945 auf zwölf Mann, und man darf annehmen, die Zahl der wirklich Aktiven sei auch vor dem Krieg recht klein geblieben.

Dennoch sollte man die Gefährlichkeit dieser Spitzelorganisationen nicht unterschätzen. Der Sicherheitsdienst in Stuttgart führte allein eine ca. 20 000 Karten umfassende Kartei über die Schweiz, unterstützt von den Organisationen der nach Deutschland geflüchteten Schweizer Rechtsextremisten<sup>61</sup>). Im deutschen Konsulat in St.Gallen befasste sich der Angestellte Gottlob Heinrich mit Militärspionage gegen die Schweiz. In seinem Auftrag hat u. a. der vom Divisionsgericht 7 A zum Tode verurteilte Schrämlli eine Panzergranate dem deutschen Nachrichtendienst zu-

gänglich machen wollen. Heinrich übergab weiter dem Spionageagenten Wohler im Sommer 1941 einen Geheimsender, der dazu bestimmt war, im Kriegsfall die Verbindung zwischen der deutschen Armee und dem Landesinnern der Schweiz herzustellen. Heinrich musste bereits im Januar 1942 die Schweiz verlassen<sup>62</sup>).

Nicht nur die Deutschen, auch die zerstreut lebenden Italiener organisierten sich und gründeten am 22. Oktober 1933 eine Sektion der faschistischen Partei in Wattwil<sup>63</sup>), die sich aber, wie die Ausweisungen am Ende des Krieges vermuten lassen, selten oder überhaupt nicht zu nachrichtendienstlicher Tätigkeit missbrauchen liess.

Angesichts der zunehmenden Bedrohung, die von Deutschland ausging, kann es nicht verwundern, dass schon bald Bundesrat und Behörden ins Schussfeld der Kritik gerieten, weil sie es nicht wagten, durchzugreifen und die Nachfolgeorganisationen der NSDAP zu verbieten. Der Regierungsrat, durch eine Anfrage auf die Tätigkeit dieser Parteiorganisationen aufmerksam gemacht, gab zwar zu, dass «die Gefahr der Bespitzelung und anderer unerlaubter Uebergriffe durchaus bestehe», verwies aber im übrigen auf die Zuständigkeit der eidgenössischen Instanzen<sup>64</sup>). So war es nur natürlich, wenn, ähnlich wie bei den Frontisten, der Zorn, der eigentlich den Behörden galt, sich auf die im Lande lebenden Deutschen konzentrierte. Mit deutlichem Misstrauen wurden insbesondere jene behandelt, die nach Kriegsausbruch nicht zur deutschen Wehrmacht eingezogen wurden und in der Schweiz blieben. Ungeheuerliche Gerüchte machten wieder die Runde und erreichten ihren Höhepunkt nach dem Ende des Krieges, als die Ausweisungen begannen. Am 8. Mai 1945 führte die Bundespolizei eine umfassende Polizeiaktion durch, mit insgesamt 29 Hausdurchsuchungen im Kanton St.Gallen. Deutsches Konsulat und Heime der NSDAP wurden geschlossen, ihr Inventar beschlagnahmt, auch das sogenannte Ferienhaus einer deutschen Jugendorganisation oberhalb Ebnat<sup>65</sup>). Die Sozialdemokraten führten öffentliche Versammlungen durch, veranstalteten Demonstrationen zur Ausweisung der Nazis, ein oft sehr problematisches Vorgehen, mit dem man sich über vergangene Feigheit

<sup>59</sup>) Lachmann, Günter: Der Nationalsozialismus in der Schweiz 1931—1945, Diss. Berlin 1962, S. 29.

<sup>60</sup>) Bericht des Bundesrates, Teil 2, S. 14 f.

<sup>61</sup>) Bericht des Bundesrates, Teil 2, S. 85.

<sup>62</sup>) Ebenda, S. 112.

<sup>63</sup>) Toggenburger Bote, 1933, Nr. 126 (23. Oktober).

<sup>64</sup>) Wiler Zeitung, 1935, Nr. 45 (16. April).

<sup>65</sup>) Ostschweiz, 1945, Nr. 233 (22. Mai).



hinwegtäuschte. Auch in Wattwil erwachten die Geister: «Vorgestern nacht wurden in Wattwil einem Nationalsozialisten die Fensterscheiben eingeschlagen»<sup>66)</sup>, und das gleiche geschah kurz darauf einem deutschen Geschäftsmann in Degersheim<sup>67)</sup>.

Beunruhigend und für viele Leute überraschend war wohl vor allem das Ausmass nationalsozialistischer Tätigkeit, wie es in den Ausweisungsverfügungen deutlich wurde: von allen Kantonen stand der Kanton St.Gallen mit seinen 47 Ausweisungen an der Spitze, hinzu kamen zwölf vom Regierungsrat ausgewiesene Personen. Wattwil scheint, neben der Stadt St.Gallen (13 Ausweisungen), St. Margrethen (5) und Buchs (4) mit vier Ausweisungen zu den Zentren des Nationalsozialismus gehört zu haben, in weitem Abstand gefolgt von Oberuzwil (2) und Flawil (1)<sup>68)</sup>, und einige der dort Ausgewiesenen gehörten wiederum zum Personal jener Textilfabrik, deren einer Direktor während kurzer Zeit der Nationalen Front angehört hatte. Kein Wunder also, wenn die Erregung in Wattwil hohe Wellen warf, bis einer der Ausgewiesenen, Otto Emil Jung, mit seiner Frau zusammen Selbstmord beging und ein geplanter Demonstrationszug von der Polizei verboten werden musste<sup>69)</sup>.

## 7. Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse

Ich bin mir vollauf bewusst, dass die in den letzten zwei Kapiteln dargestellten Ereignisse, Entwicklungen und Hintergründe nur einen sehr kleinen Teil des tatsächlich Vorgefallenen umfassen. Dies war nicht zu vermeiden, da die Archive noch verschlossen sind. Trotzdem scheint mir eine kurze, thesenartige Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse notwendig, weil noch einmal die in meinen Augen wichtigen Dinge hervorgehoben werden sollen. Dies soll nicht über die Fragwürdigkeit und Unsicherheit dieser Zwischenbilanz hinwegtäuschen.

1. Die Lage der Schweiz 1933: Die Zwischenkriegszeit war geprägt von unbewältigten Gegensätzen zwi-

schen Sozialdemokratie und Bürgertum. Die Konservative Volkspartei entfernte sich immer mehr von liberalen Vorstellungen und wandte sich autoritär-ständestaatlichen Neuordnungsplänen zu. Die Wirtschaftskrise (ab 1931) traf vor allem die ohnehin geschwächten Exportindustrien und die Bauern, und hier vor allen Klein- und Mittelbetriebe. Die Unzufriedenheit wuchs.

2. Entwicklungen in der Schweiz 1933—1945: Die Gegnerschaft von Freisinn, Sozialdemokratie und Konservativer Volkspartei konnte 1935, nach der Verwerfung der Totalrevisionspläne und nach der Anerkennung der Landesverteidigung durch die Sozialdemokraten wenigstens teilweise beigelegt werden. Unter dem Eindruck der deutschen Bedrohung wurde ein lautstarker Nationalismus gepflegt, der Einheit vorpiegeln sollte, wo in Wirklichkeit nur ein gemeinsamer Gegner, nämlich Hitler-Deutschland, war. Autoritäre und faschistische Vorstellungen wurden deshalb nicht aufgegeben. Die Wirtschaftskrise konnte, besonders durch stärkeres sozialpolitisches Engagement des Bundes und durch Vergrößerung des Defizits, langsam gemeistert werden. Auch den Hauptbetroffenen wurde jetzt geholfen.

3. Die Erneuerungsbewegungen: Unter dem Eindruck von Hitlers Sieg in Deutschland entstanden eine Reihe von Parteien und Bewegungen, die zum Teil ähnliche politische, zum Teil nur wirtschaftliche Ziele verfolgten. Die Jungbauernbewegung konnte vor allem geschädigte Klein- und Mittelbauern anziehen, vertrat aber nur die wirtschaftlichen Interessen dieser Gruppen gegen den Bauernverband und gegen schon bestehende Parteien. Der Landesring wies einen hohen Anteil an Angestellten und Arbeitern auf, vermochte vor allem in städtischen Verhältnissen sich auszubreiten. Die bestehenden Parteien passten sich der Lage an. Hauptverlierer war die Freisinnige Partei. Die Konservative Volkspartei büsste deshalb keine Stimmen ein, weil einerseits die ohnehin stark hierarchisch ausgerichteten katholischen Vorstellungen den autoritären Neigungen des enttäuschten Mittelstands entgegenkamen, weil andererseits durch Neugründungen wie die Bauernpolitische Vereinigung im Kanton St.Gallen ein Teil der abwandernden Gruppen zurückgehalten werden konnte. Der Raum, in dem sich die Fronten ausbreiten konnten, war daher von Anfang an klein. Die ursprünglichen Anhänger wurden vor allem nach 1935 weggetrieben durch die Bedrohung des Nationalsozialismus und durch schwere Fehler der Frontenbewegung selbst.

<sup>66)</sup> Volksstimme, 1945, Nr. 124 (31. Mai) und Nr. 130 (7. Juni).

<sup>67)</sup> Ostschweiz, 1945, Nr. 278 (18. Juni).

<sup>68)</sup> Volksstimme, 1945, Nr. 132 (9. Juni).

<sup>69)</sup> Ostschweiz, 1945, Nr. 270 (13. Juni), Volksstimme Nr. 138 (16. Juni).

4. Die Verhältnisse im Toggenburg: Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich schnell und brachte die im Toggenburg — neben der Metallverarbeitung im Untertoggenburg — vorherrschende Textilindustrie in eine schwere Krise. Auch die Bauern wurden überdurchschnittlich stark getroffen, weil die Zahl der kleinen und mittelgrossen Höfe gross war. Die Jungbauern vermochten überall, auch im katholischen Altoggenburg, schnell Fuss zu fassen. Der Landesring hatte weniger Erfolg und erreichte seine Ziele nur dort, wo protestantische Angestellte und Arbeiter wohnten, also vor allem in den Zentren der Textilindustrie, in Wattwil und Flawil. Im Untertoggenburg konnten die Sozialdemokraten Fortschritte verzeichnen. Aus diesen Gründen gelangen der Nationalen Front nach einer kurzen Zeit des Aufschwungs (Ende 1933 bis Anfang 1935) nur noch dort Erfolge, wo sie gemeinsam mit den Konservativen arbeitete (bei der Totalrevision) oder an weitverbreitete Vorurteile appellieren konnte (beim Freimaurerverbot). Sie nahm nie an kommunalen oder kantonalen Wahlen teil, trat kaum mit eigenen Vorschlägen an die Öffentlichkeit, zog sich im Gegenteil immer mehr in kleine Diskussionszirkel zurück. Die Propaganda der Gegner, Nachforschungen der Polizei und schliesslich die Bedrohung durch Hitler-Deutschland nahmen ihr den letzten Wind aus den Segeln. Verbindungen zu Nationalsozialisten oder landesverräterische Tätigkeiten konnten den Toggenburgischen Mitgliedern der NF nicht nachgewiesen werden. Der Nationalsozialismus hatte, obwohl vom Stützpunkt Wil aus geleitet, in Wattwil sein Zentrum. Die überdurchschnittlich grosse Aktivität der NSDAP und ihrer Nachfolgeorganisationen führte bei ihrer Aufdeckung 1945 zu Demonstrationen und Unruhen.

## 8. Schlussbetrachtung

Die Frage, ob eine Erscheinung wie der Faschismus auch in der Schweiz möglich sei und damals hätte möglich sein können, soll uns hier nur am Rande beschäftigen. Es ist einfach zu gefährlich, die in diesem Aufsatz enthaltenen Ergebnisse, die in bezug auf die Verhältnisse im Toggenburg schon recht unvollständig sind, noch weiter zu verallgemeinern. Trotzdem sollte man nicht von der Erforschung der neuen Schweizergeschichte absehen, auch wenn wenig Material zur Verfügung steht. Ebenso wenig dürfen sich

die Historiker vor der Beschäftigung mit der eigenen Gegenwart drücken. Man muss nur klar sehen, wie sehr das in diesem Aufsatz ausgesprochene Urteil von dem Bild bestimmt ist, das sein Verfasser von der Gegenwart hat. Genau diese Verbindung von Gegenwart und Zukunft visiert die Frage, ob Faschismus heute möglich sei und unter welchen Umständen. Die Beantwortung dieser Frage ist aber denkbar nur dann, wenn man zum Beispiel zu erforschen sucht, warum der Faschismus, in der Form der Nationalen Front, in unserem Land sich in den Dreissiger Jahren nicht ausbreiten konnte. Dass die geistige Atmosphäre, in der die faschistischen Bewegungen damals entstanden, auch in der Schweiz nicht fehlte, bezeugt ein Wort des protestantischen Theologen Karl Barth, der, von den Nationalsozialisten aus Deutschland vertrieben, 1938 feststellte: «Man braucht kein Schwarzseher zu sein, wenn man in aller Ruhe konstatiert: der Nationalsozialismus hat schon nach uns gegriffen; er ist schon da, auch bei uns in der Schweiz . . . Ich denke an das unter dem Titel ‚geistige Landesverteidigung‘ ersonnene Spottgebilde eines neuen helvetischen Nationalismus, laut dessen unsere Staatsform eine Sache unserer zufälligen ‚Art‘ und Liebhaberei, eine Angelegenheit des Heimatschutzes und nur des Heimatschutzes wäre: als ob es sich dann lohnen würde, mit letztem Ernst für sie einzutreten und an ihr festzuhalten! Als ob man damit nicht treu und bieder die nationalsozialistische Grundlehre aufgenommen und auf Schweizerboden verpflanzt hätte.»<sup>70)</sup> Und dieses von Karl Barth so scharf angegriffene rückwärtsgewandte, in der Naturmystik Zuflucht suchende Selbstverständnis wird in der Definition der Geistigen Landesverteidigung deutlich, die Bundesrat Etter damals gab: «Geistige Landesverteidigung nenne ich die Besinnung auf die kulturellen Werte, die in unserem Volkstum ruhen: Erhaltung echter, gesunder Volksbräuche; Pflege unserer schweizerischen Mundarten . . . ; Erhaltung und Wiederbelebung des schweizerischen Volksliedes; Schutz des Landschaftsbildes und dessen, was vergangenen Geschlechter an Schönem in das Bild der Landschaft hineingebaut.»<sup>71)</sup> Aber zurück zur ursprünglichen Frage, warum der Frontismus in keiner Phase seiner Entwicklung nachhaltige Erfolge verzeichnen konnte. Viele Kräfte

<sup>70)</sup> Zitiert in: Möckli, Werner: Das schweizerische Selbstverständnis beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, Diss. Zürich 1973, S. 151.

<sup>71)</sup> Zitiert in: Möckli, S. 155.

wirkten damals auf die Entwicklung der Zwischenkriegszeit ein, und es ist heute noch zu schwer, vielleicht sogar überhaupt unmöglich, zu sagen, welche Faktoren letztlich den Ausschlag gegeben haben.

Natürlich hat die NF selbst schwere taktische Fehler gemacht. Zulange stand sie der deutschen Entwicklung heimlich bejahend gegenüber, selbst dann noch, als andere Kleinstaaten — Oesterreich und die Tschechoslowakei — dem deutschen Reich einverleibt wurden, und sie erleichterte damit immer wieder die Propaganda der Gegner, die behaupteten, auch sie strebe letztlich nach einer Einverleibung der Schweiz ins Tausendjährige Reich. Die anfängliche Energie verpuffte schnell, schon nach der Freimaurerinitiative, und die NF drang nie zu konkreten wirtschaftspolitischen Vorschlägen durch. Es war ein Fehler, die Gemeinde- und Regionalpolitik den andern Parteien zu überlassen, und die heillose Zersplitterung der Fronten machte den Aufbau einer schlagkräftigen Organisation fast unmöglich.

Im gleichen Mass, in dem sich die Fronten tiefer in ihr Ghetto zurückzogen, wandelte sich auch die politische Landschaft. Wahrscheinlich färbte die aussenpolitische Gefahr in einem sehr starken Mass auch auf innenpolitische Vorgänge ab, erzwang eine Verdrängung der inneren Probleme und den Zusammenschluss der grossen Parteien. Ein Zusammenschluss der Erneuerungsbewegungen war schon deshalb nicht möglich, weil die zwei wichtigsten, Landesring und Jungbauern, zweifellos einen Teil ihrer Wähler verloren hätten, wenn sie sich weltanschaulich so festgelegt hätten wie die Fronten. Da die NF in allen ihren Zentren — Schaffhausen, Zürich — offenbar vom Gegensatz Sozialdemokratie-Bürgertum profitierte, war sie im Toggenburg, wo eine starke Sozialdemokratie praktisch fehlte, von vorneherein benachteiligt. Zudem verhielten sich die bestehenden Parteien ungewöhnlich geschickt und fingen einen Teil der wegdrängenden Wähler durch Nebenorganisationen — Jungfreisinnige, Jungkonservative, katholischer Bauernbund — mit oppositionellem Kurs wieder auf.

Man wird sagen, hier habe das schweizerische Regierungssystem wieder einmal seine Tauglichkeit bewiesen, seine Elastizität und Krisenfestigkeit. Diese Einsicht ist sicher nicht von der Hand zu weisen, doch sollte man sich einmal überlegen, wie die ganze Entwicklung ohne die äussere Bedrohung verlaufen wäre. Vielleicht würde man dann sehen, dass die innere Stabilität keineswegs schon vor dem Beginn des deutschen Expansionsstrebens vorhanden gewesen war.

## 9. Zeittafel

- |      |  |
|------|--|
| 1930 | 2. Juli<br>Die Neue Front konstituiert sich in Zürich.   |
|      | 20. Oktober<br>Gründung der Nationalen Front in Schaffhausen.                                  |
| 1933 | 13. Mai<br>Die Neue Front geht in der Nationalen Front auf. Dr. Ernst Biedermann Landesführer. |
|      | 17. Juni<br>Erste grosse Tagung der NF in St.Gallen.   |
|      | 24. September<br>Gemeinderatswahlen in der Stadt Zürich: die NF gewinnt 10 Mandate.            |
|      | 12. November<br>Erste Versammlung der OG Wattwil. OG-Führer wird Ingenieur Hügli.              |
| 1934 | 28./29. Januar<br>Frontistischer Sprengstoffanschlag in Zürich.                                |
|      | 4. Februar<br>Die Landesführung geht an Dr. Rolf Henne über.                                   |
|      | 10. Juli<br>Gründung der OG Alttoggengurg in Bütschwil. Leiter wird Th. W.                     |
|      | 20. Juli<br>Gründung der OG Niederhelfenschwil unter ihrem Führer J. A.                        |
|      | Winter 1934/35<br>Die Thurgauer Gruppen erhalten ihre eigene Zeitung.                          |
| 1935 | 3. April<br>Gründung der OG Neckertal. Führer wird F. G.                                       |
|      | 7. April<br>Zürcher Kantonsratswahlen: 6 Mandate gewonnen.                                     |
|      | 10. Mai<br>Antrag von Dr. Wechsler im St.Galler Grossen Rat zum Verbot der NF.                 |
|      | 8. September<br>Volksbegehren auf Totalrevision der Bundes-                                    |

- verfassung: 511 000 Nein und 196 000 Ja.  
Kanton St.Gallen: 21 000 Ja und 37 000 Nein.  
Ja-Mehrheit nur in den Bezirken Altoggen-  
burg und Wil.
27. Oktober  
Nationalratswahlen: 1 Mandat in Zürich ge-  
wonnen.
- 1936 4. Februar  
Ermordung des Führers der NSDAP in der  
Schweiz, Gustloff.
18. Februar  
Bundesrat löst Landesleitung und Kreisleitun-  
gen der NSDAP auf. Nebenorganisationen  
bleiben bestehen.
16. Juni  
Grossveranstaltung der NF in Bütschwil, Gan-  
terschwil, Ebnet, Nesslau.
30. Oktober  
Grosskundgebungen in Wattwil und Ebnet.
- 1937 26. Februar  
Erste Verurteilung eines Parteimitglieds wegen  
Landesverrats.
14. März  
Aargauer Grossratswahlen, 1 Mandat gewon-  
nen.
21. Juni/12. Juli  
Jungbauer Argegger erzwingt bei Gemeindeg-  
ratswahlen in Bütschwil zweiten Wahlgang,  
verliert aber diesen.
11. November  
Jungliberale Bewegung des Kantons kritisiert  
Langmut des Staates gegenüber der NF.
28. November  
Initiative zum Verbot der Freimaurerei abge-  
lehnt. Einziger zustimmender Bezirk: Altog-  
genburg.  
Der von Jungbauern unterstützte Gabathuler  
(freis.) wird gegen seinen Rivalen Graf (offiz.  
Kandidat) zum Regierungsrat gewählt.
- 1938 23. Januar  
Dr. Robert Tobler Landesführer der NF.
8. Juli  
Letzter Gautag der NF auf Vögelinsegg (AR).
28. August  
Verhaftung von vier Mitgliedern des «Bundes-  
treuer Eidgenossen» in Nesslau.
2. November  
Motion im Grossen Rat zur Erarbeitung eines  
Gesetzes, das die NF verbieten soll.
- 1940 3. März  
Nationale Front löst sich selber auf, Presse  
und Nebenvereine bleiben bestehen. Im Kan-  
ton St.Gallen bildet sich die Nationale Oppo-  
sition unter Mario Karrer.
8. März  
St.Galler Grossratswahlen: Nationale Oppo-  
sition erringt im Wahlkreis St.Gallen ein Man-  
dat.
17. November  
Hausdurchsuchung bei der Nationalen Oppo-  
sition.
29. Dezember  
Verbot der Nationalen Aktion durch den  
Bundesrat.
- 1943 6. Juli  
Bundesrat verbietet Nachfolgeorganisationen  
der NF.
- 1945 1. Mai  
Bundesrat beschliesst Auflösung der Nach-  
folgeorganisationen der NSDAP sowie der  
Untervereine. Heime und Amtsstellen der  
NSDAP werden beschlagnahmt.
5. Juni  
Bekanntgabe der vom Bundesrat verfügten  
Ausweisungen. Total 270, davon im Kanton  
St.Gallen 47, in Wattwil 4, Oberuzwil 2, Fla-  
wil 1.
13. Juni  
Selbstmord des ausgewiesenen Otto Emil Jung  
mit seiner Frau in Wattwil.
16. Juni  
Geplanter Demonstrationzug der Sozialdemo-  
kraten in Wattwil verboten.
6. August  
Regierungsrat gibt weitere 12 Ausweisungen  
bekannt.